

# Aufarbeitung eingefordert

## Anhörung im Sozialausschuss des Bundestages: Linke-Fraktion beantragt Ende der »Kriegsopferzahlungen« für ehemalige SS-Angehörige. Von Ulla Jelpke

Frühere Angehörige der SS werden in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten mit großzügigen Leistungen aus der Staatskasse belohnt. Mit dieser Praxis musste sich am Montag auf Druck der Fraktion von Die Linke der Sozialausschuss des Bundestages befassen. Sie fordert in einem Antrag, die Zahlungen zumindest für die SS-Freiwilligen einzustellen.

Damit greift sie eine Resolution des belgischen Parlaments auf, die vor knapp zwei Jahren von Abgeordneten fast aller Parteien unterstützt wurde (siehe JW vom 27.2.2019). Denn von den Leistungen, die nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) gewährt werden, profitieren auch Ausländer, die sich damals der Wehrmacht, Waffen-SS oder Polizeiverbänden angeschlossen hatten. Die belgischen Parlamentarier stellten fest, »dass der Bezug von Renten für die Kollaboration mit einem der mörderischsten Regime der Geschichte im Widerspruch zur Erinnerungsarbeit und zum Friedensprojekt der europäischen Einigung steht«. Sie fordern von der Bundesregierung, »die Rentenzahlungen an belgische Kollaborateure einzustellen und die Bildung einer international besetzten Kommission von Wissenschaftlern zuzustimmen. Auch in anderen Ländern wird die deutsche Praxis kritisiert, in Frankreich ist vom »Geld der Schande« die Rede.

Nach Angaben der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion von Ende Dezember erhalten noch rund 45.000 Personen Leistungen als Kompensation für kriegs- oder gefangenenschaftsbedingte Gesundheitsschäden. Dazu zählen auch Zivilisten, etwa Bombengeschädigte. Die Zahl ehemaliger SS-Angehöriger wird nicht gesondert ausgewiesen. Bekannt ist lediglich, dass von den zehn Empfängern in Belgien einer der Waffen-SS angehört, in Frankreich sind es zwei. Die Höhe der Leistungen beträgt im Schnitt 502 Euro pro Monat für Berechnung im Inland, 342 Euro monatlich im Ausland. Zum Vergleich: Ehemalige Zwangsarbeiter sind mit Einmalzahlungen von maximal 7.500 Euro abgesperrt worden, für verfolgte Roma in Osteuropa gab es maximal 2.500 Euro – einmalig. Wer heute gesundheitliche Probleme aufgrund der Verfolgung durch die Nazis hat, kann allenfalls als Bittsteller auftreten, um von humanitären Programmen aus Deutschland zu profitieren – zeitlich befristet und ohne Rechtsanspruch.

Für die Bundesregierung ist das kein Problem. Sie verweist auf Anfragen gebetsmühlenartig auf die Einführung einer »Unwürdigkeitsklausel« im Gesetz, die nach 1998 dafür gesorgt habe, dass Leistungsempfänger bei erwiesenen »Verstößen gegen Grundsätze der Menschlichkeit« von den Leistungen ausgeschlossen werden seien. Bei näherem Hinsehen ist das aber nur ein schöner Schein: In der Anhörung verwies der Sachverständige Stefan Klemp darauf, dass von den damals knapp eine Million Leistungsempfängern lediglich 99 ausgesiebt worden seien. Fachleute hatten eine Zahl zwischen 10.000 und 50.000 erwartet.

In einem Forschungsbericht für das Bundesarbeitsministerium hatte Klemp schon vor vier Jahren das weitgehende Scheitern der »Unwürdigkeitsklausel« beschrieben. Es mangelte an der Digitalisierung von Akten, und die beteiligten Behörden waren heillos überfordert. Praktisch wurde von Mitarbeitern der Versorgungsbehörden fachhistorisches Wissen verlangt, das diese nicht hatten. Auch Sozialgerichte legen die gesetzlichen Bestimmungen höchst unterschiedlich aus.

Viele Behörden stellten nur darauf ab, ob die Betroffenen wegen Naziverbrechen verurteilt waren – wie nachsichtig die westdeutsche Justiz in dieser Hinsicht war, dürfte bekannt sein. Klemp geht davon aus, dass statt der 99 mindestens 7.500 Täter hätten ausgeschlossen werden müssen. Im Ergebnis hätten aber selbst KZ-Aufseher und Angehörige von Polizeibataillonen, die an Mordaktionen gegen Zivilisten beteiligt waren, weiterhin Leistungen bezogen. Klemp schilderte am Montag im Bundestag exemplarisch

den Fall des SS-Rottenführers Willi H., der unter anderem im KZ Majdanek Dienst geschoben hatte. Nach dem Krieg saß er in polnischer Polizeihaft – in der BRD wurde ihm das als Kriegsgefangenschaft angerechnet. Ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wurde im Jahr 2000 eingestellt. Seine Funktionen in verschiedenen Konzentrationslagern begründeten keinen Ausschluss von den Kriegsopferleistungen, hieß es abschließend.

Nachdem der Bundesgerichtshof 2008 im Verfahren gegen den KZ-Aufseher John Denjanjuk schon die Übernahme eines Wachdienstes im KZ als Beihilfe zum Mord kennzeichnete, wäre eine weitere Überprüfung der Empfänger von BVG-Zahlungen möglich gewesen – sie scheiterte am politischen Willen der Behörden. Während in der Anhörung am Montag strittig war, inwiefern ein pauschaler Leistungsausschluss für alle SS-Freiwilligen rechtlich möglich wäre – angesichts der geringen Zahlen eher eine symbolische Forderung – wurde der Ruf nach wissenschaftlicher Aufarbeitung von allen Sachverständigen unterstützt. Zu untersuchen seien sowohl die Praxis der Leistungsgewährung als auch der »Unwürdigkeitsklausel«. Ein Teil der hierfür notwendigen Akten ist bereits vernichtet worden – um so dringender forderte Klemp, die noch vorhandenen dauerhaft zu sichern.

## Arbeit an Datenbank zu KZ Natzweiler-Struthof

**Mannheim/Natzweiler.** Ein deutsch-französisches Team will mit einer Onlinedatenbank an das Schicksal der 52.000 Menschen erinnern, die von 1941 bis 1944 im deutschen KZ Natzweiler-Struthof im besetzten Frankreich gefangen waren. »In der Datenbank sollen möglichst alle Personen erfasst werden, die im Konzentrationslager Natzweiler und in den mehr als 50 Außenlagern im Elsass, in Lothringen, in Württemberg, Baden, Hessen und dem heutigen Bundesland Rheinland-Pfalz inhaftiert waren«, sagte der Historiker und Vorsitzende des Vereins KZ-Gedenkstätte Mannheim-Sandhofen, Marco Brenneisen, laut dpa-Bericht vom Dienstag. Er ist an dem Datenbankprojekt federführend beteiligt.

Das ehemalige KZ in Mannheim ist eines von mehr als 30 Lagern auf dem Gebiet Baden-Württembergs, das zum Lagerkomplex des KZ Natzweiler-Struthof gehörte. Im früheren KZ-Komplex wurden Menschen festgehalten, gequält und getötet. 22.000 Menschen kamen dort um. Die neue Datenbank stelle »eine Art digitales Gedenkbuch dar«, sagte Brenneisen. Außerdem wolle man Angehörige, Forscher und Gedenkstätten bei der Suche nach vermissten Personen unterstützen. (dpa/W)

## Hessen: Landtag gegen Reichsflaggenverbot

**Wiesbaden.** In Hessen ist die Fraktion der SPD im Landtag am vergangenen Donnerstag mit ihrer Forderung, das öffentliche Zeigen schwarz-weiß-roter Reichs- oder Reichskriegsflaggen verbieten zu lassen, gescheitert. Die Regierungskoalition von CDU und Bündnis 90/Die Grünen stimmten am Donnerstag dagegen, ebenso die der AfD. Die Fraktion Die Linke schloss sich dem SPD-Antrag an, die FDP enthielt sich. CDU, Grüne und FDP setzen auf ein bundesweit einheitliches Vorgehen und äußerten juristische Bedenken zum geforderten Verbot, wie die Frankfurter Rundschau am 21. Januar online berichtete. Innenminister Peter Beuth (CDU) sagte demnach, dass ein Eingreifen gegen die Flaggen »im Einzelfall« bereits möglich sei. (W)

# Gedränge am rechten Rand

## Spanien: »Partido Identitario« als Abspaltung von faschistischer Vox-Partei

Ableger der faschistischen »Identitären Bewegung« in Deutschland, Österreich und anderswo mobilisieren vor allem junge Menschen für die faschistische Szene. In Spanien haben sich einige »identitäre« zur Gründung einer neuen Partei entschlossen und werden damit womöglich die faschistische Vox-Partei bei den nächsten Wahlen schwächen. Allerdings stellt diese »identitäre« Partei in dem iberischen Land weder eine »Bewegung« noch ein Projekt von jungen Intellektuellen dar.

Der heutige Vorsitzende der Partido Politico España Identitaria (Partido Identitario), José Ignacio Vega Peinado, war bis 2019 Mitglied der Vox-Partei. Er soll sich zum Austritt entschieden haben, weil er sich nicht genügend respektiert fühlte. In den 1990er Jahren hatte er einer Neonazigruppe namens »Acción Radical« angehört und einen Hochschullehrer angegriffen. Der Mann trug eine Behinderung davon und Vega Peinado saß für die Tat ein Jahr im Gefängnis, wie La Marea berichtete.

Erst seit kurzer Zeit sind die Identitarios in Spanien offen in den sozialen Netzwerken präsent. Davor hatten sie sich vor allem in privaten Gruppen von Facebook sowie den Messengerdiensten WhatsApp oder Telegram bewegt. Auch auf dem von Faschisten geprägten Imageboard »8Chan« waren sie aktiv. Diese Plattform frequentierten auch die rechtsterroristischen Antifaschisten von El Paso oder Christchurch.

Das im Oktober 2019 veröffentlichte Programm der Partido Identitario unterscheidet sich im Wesentlichen nicht sonderlich von dem der Vox-Partei. Die »Identitarios« sagen, sie wollen die



Konkurrenten im Wahlkampf: Anhänger der Vox-Partei schwenken die spanische Nationalflagge (Pamplona, 23.5.2020)

»nationale Souveränität« gegenüber der »Bedrohung der Migration« verteidigen. Ihr Logo ist ein Wolf im Stil eines Wapentiers mit den Farben der spanischen Flagge, Rot und Gelb. Damit soll an die spanische »Reconquista« gegen den Islam erinnert werden. Die Hetze gegen Migranten war bisher Hauptthema der Partei. Sie wollen eine sogenannte Migrationspolizei, »keine Sozialhilfen« für Migranten und »sichere Grenzen«. Die spanischen Comunidades Autónomas sollen in Provinzen verwandelt und

sonit jeglicher Selbstbestimmung beraubt werden. In Regionen wie Katalonien und dem Baskenland, die eine eigene Sprache und Kultur haben, sollen die Kinder genauso wie in Madrid nur auf Spanisch unterrichtet werden. Die »Identitarios« sind gegen Coronamasken und gegen den Lockdown. Sie behaupten, dass der PCR-Test ein Betrug ist und wollen dagegen juristisch vorgehen. »Der Test, der Ihre Freiheit raubt« war ein Aufruf überschrieben, den Peinado am Sonntag im Kurzbot-

schafendienst Twitter teilte und mit dem er um Unterstützung für seine Klage warb. Die Leute sollen 20 Euro auf ein Konto überweisen, damit der »Tod der Wirtschaft« und »die Zerstörung unserer Lebensform und unserer Kultur« gestoppt werde. Das sind zwei der Streitthemen der »Identitarios« mit der faschistischen Vox. Dem einige ultrarechte Politiker Spaniens beifürworten die Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie. Carmela Negrete

**Ruhe, Erholung, Sport und jede Menge Natur das ganze Jahr über**  
2 FcWo im Südschwarzwald ca. 60 oder 75m!  
2 oder 3 Zl. KfB, Terrasse großzügig ausgestattet

Weitere Infos und Buchung:  
[www.todtmoos.lommes.eu](http://www.todtmoos.lommes.eu)